Venezuela

über humanitäre Krisen, Sanktionen und Wirtschaftskriege, und das internationale Recht.

Auszug aus dem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat 1
II. Bolivarische Republik Venezuela 2
A. Erfolge und Engagement durch andere Menschenrechtsmechanismen 2
B. Hindernisse für die Wahrnehmung der Menschenrechte: Wirtschaftskrieg 3
C. Multilateralismus und der Grundsatz der Nicht-Einmischung 4
D. Wirtschaftssanktionen 5
E. Internationaler Mediationsprozess 6
F. Humanitäre Krise und humanitäre Intervention 7
G. Internationale Überwachung der Wahlen in der Bolivarischen Republik Venezuela 8
H. Ad Hominem Angriffe 8
III. Ecuador 8
IV. Schlussfolgerungen 10
V. Empfehlungen 11
an die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela 11
an die Regierung Ecuadors 12
an die Generalversammlung 12
an den Menschenrechtsrat 12
an den Internationalen Strafgerichtshof und den Internationalen Gerichtshof 13
Vorlesung an der Universität Lund (Schweden) 13

Auszug aus dem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat

→ *https://undocs.org/A/HRC/39/47/ADD.1*
(aus dem Englischen mit *https://www.deepl.com/translator* – etwaige Unschärfen in der Übersetzung können nicht ausgeschlossen werden)
Hinweis: Die Referenzen auf die Quellenangaben im Original-Dokument wurden von uns nicht entfernt.

vom 3 August 2018

in der Neununddreißigsten Sitzung
des UN-Menschenrechtsrates
vom 10.-28. September 2018

Tagesordnungspunkt 3

Förderung und Schutz aller Menschenrechte, bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung.

Bericht des unabhängigen Sachverständigen über die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung bei seiner Mission in der Bolivarischen Republik Venezuela und Ecuador*.

Vermerk des Sekretariats

Das Sekretariat hat die Ehre, dem Menschenrechtsrat den Bericht des unabhängigen Sachverständigen zur Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung, Alfred de Zayas[1], über seine Mission in der Bolivarischen Republik Venezuela und Ecuador gemäß der Resolution 36/4 des Rates zu übermitteln.

…

[1] Biography of Mr. Alfred-Maurice de Zayas (https://www.ohchr.org/en/issues/intorder/pages/alfreddezayas.aspx)

II. Bolivarische Republik Venezuela

A. Erfolge und Engagement durch andere Menschenrechtsmechanismen

15. Im Juni 2015 prüfte der Menschenrechtsausschuss den vierten periodischen Bericht der Bolivarischen Republik Venezuela. In seinen abschließenden Bemerkungen begrüßte er zahlreiche Gesetzesinitiativen, einschließlich der Annahme der indigenen Völker und das Gemeinschaftsgesetz und das Gesetz über das Recht der Frauen auf ein gewaltfreies Leben sowie die Einrichtung des Ministeriums für Volksmacht für indigene Völker und des Ministeriums für Volksmacht für Frauen und Geschlechtergleichstellung. Der Ausschuss stellte mit Befriedigung fest, dass die Verfassung vorsieht, dass Menschenrechtsverträge von den Gerichten und anderen öffentlichen Stellen unmittelbar und unmittelbar anwendbar sind (siehe CCPR/C/VEN/CO/4, Abs. 3 und 5).

16. Der Ausschuss äußerte sich besorgt über Berichte über die angebliche Begehung von Menschenrechtsverletzungen bei Protesten. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass einige Demonstranten möglicherweise zu Gewaltanwendung übergegangen sind, war der Ausschuss besorgt über zahlreiche Berichte über Fälle von übermäßigem und unverhältnismäßigem Einsatz von Gewalt, Folter und Misshandlung, willkürlicher Inhaftierung und Nichtbeachtung grundlegender rechtlicher Garantien. Während sie von den laufenden Ermittlungen Kenntnis nahm, waren damals nur sieben Beamte verurteilt worden (ebd., Abs. 14).

17. Ebenfalls im Juni 2015 prüfte der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte den dritten periodischen Bericht über die Bolivarische Republik Venezuela. In seinen abschließenden Bemerkungen nahm er mit Befriedigung die Fortschritte zur Kenntnis, die bei der Bekämpfung der Armut und der Verringerung der Ungleichheit sowie bei der Bekämpfung der Unterernährung durch die Ausweitung des Schulspeisungsprogramms und der Nahrungsmittelhilfe für Familien mit niedrigem Einkommen erzielt wurden (siehe E/C.12/VEN/CO/3, Absatz 5). Er nahm die Zusage der Delegation zur Kenntnis, dass der Vertragsstaat trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die unter anderem durch den Rückgang der Öleinnahmen verursacht werden, weiterhin alle Anstrengungen unternehmen wird, um zu verhindern, dass die Situation die Sozialinvestitionen und die schrittweise Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte beeinträchtigt (ebd., Absatz 6).

18. Der Ausschuss äußerte sich besorgt über Berichte, wonach Konsultationen mit indigenen Völkern nicht regelmäßig und mit vollen Garantien durchgeführt wurden, insbesondere bei der Gewährung von Zugeständnissen für die Erforschung und Entwicklung der natürlichen Ressourcen. Er war auch besorgt über Berichte, wonach das gesetzlich festgelegte Verfahren zur Ernennung und Abberufung von Richtern nicht angewandt wurde, und über die große Zahl von Richtern, die vorübergehend auf Stellen ernannt wurden, die ohne Amtssicherheit feststellen könnten, dass ihre Unabhängigkeit erheblich beeinträchtigt wurde (ebd., Abs. 9-10). Er war ferner besorgt über Berichte über Gewalttaten und Einschüchterungen gegen Gewerkschaftsführer und -mitglieder (ebd., Ziffer 20).[20]

19. Die allgemeine regelmäßige Überprüfung der Bolivarischen Republik Venezuela fand im November 2016 statt. Bis Juni 2017 hatte sich die Bolivarische Republik Venezuela verpflichtet, 193 der 274 Empfehlungen umzusetzen, und die restlichen 81 zur Kenntnis genommen.

20. Ein Problem bei der Beurteilung der Situation ist die wachsende Kluft zwischen den Erzählungen der Regierung und der Opposition sowie den Medien Desinformation, Vereinfachung und Extrapolation. Der unabhängige Experte konsultierte Daten aus verschiedenen Quellen, einschließlich Präsentationen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vor dem Menschenrechtsrat.[21]

21. Zweifellos leiden die Venezolaner unter einer Wirtschaftskrise, die zu Funktionsstörungen, Nahrungsmittelknappheit und Medikamentenmangel, [22] Verzögerungen bei der Verteilung und damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen geführt hat.[23] Kritiker im In- und Ausland betrachten sie als gescheiterten Staat und beschuldigen die Krise am Fiasko des Sozialismus,[24] aber nur wenige suchen nach anderen Faktoren. Im Gegensatz dazu neigt die Regierung dazu, äußere Ursachen verantwortlich zu machen, insbesondere den Rückgang der Ölpreise, internationale Schmugglerringe, Schmuggel, Sanktionen und 19 Jahre Wirtschaftskrieg, nicht anders als die nicht-konventionellen Kriege gegen Kuba, Chile und Nicaragua. Mit politischem Willen und internationaler Solidarität können Lösungen gefunden werden, da die Bolivarische Republik Venezuela ein reiches Land mit den größten Ölreserven der Welt und großen Gold-, Bauxit- und Coltanvorkommen ist,[25] genug, um die Bedürfnisse des venezolanischen Volkes zu finanzieren, vorausgesetzt, dass das Land frei von Embargos und finanziellen Blockaden funktionieren kann.[26]

22. Beobachter haben Fehler der Regierungen Chávez und Maduro festgestellt und festgestellt, dass es zu viele Ideologen und zu wenige Technokraten in der öffentlichen Verwaltung gibt, was zu einer Regierungspolitik führt, die nicht kohärent und professionell verwaltet wird und die heimischen Investitionen abschreckt, die bereits durch Ineffizienz und Korruption lahmgelegt sind,[27] die sich auf Regierungsbeamte, transnationale Unternehmen und Unternehmer erstrecken.[28] Kritiker warnen vor dem unzulässigen Einfluss des Militärs auf die Regierung und die Führung von Unternehmen wie Petróleos de Venezuela. Der Mangel an regelmäßigen, öffentlich zugänglichen Daten über Ernährung, Epidemiologie und Inflation soll die Bemühungen um humanitäre Hilfe erschweren.[29]

23. Unterdessen hat der Generalstaatsanwalt Tarek Saab eine energische Anti-Korruptionskampagne gestartet,[30] die die Verbindungen zwischen venezolanischen Unternehmen und Steueroasen untersucht, Betrügereien mit Vertragsabschlüssen und Geschäften von Beamten mit Odebrecht untersucht.[31] Es wird geschätzt, dass die Korruption in der Ölindustrie die Regierung 4,8 Milliarden US-Dollar gekostet hat.[32] Die Staatsanwaltschaft informierte den unabhängigen Sachverständigen über anhängige Untersuchungen wegen Veruntreuung und Erpressung gegen 79 Beamte von Petróleos de Venezuela, darunter 22 leitende Angestellte. Das Büro verwies auch auf die Verhaftung von zwei hochrangigen Ölleitern,[33] beschuldigt wegen Geldwäsche in Andorra. Das Justizministerium schätzt die Korruptionsverluste auf rund 15 Milliarden US-Dollar.[34] Andere Interessengruppen behaupten dagegen, dass Anti-Korruptionsprogramme selektiv sind und nicht ausreichend auf staatliche Institutionen, einschließlich des Militärs, ausgerichtet sind.[35]

24. In Anbetracht der Tatsache, dass die Mission dem Mandat folgen musste, führte der Unabhängige Sachverständige keine umfassende Untersuchung der Verletzungen der bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte durch. Diese Fragen werden von den Vertragsorganen behandelt und bedürfen der Prüfung durch andere Berichterstatter. Die Mission konzentrierte sich notwendigerweise auf die Fragen im Zusammenhang mit der Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung, einschließlich der Notwendigkeit, eine verstärkte regionale und internationale Zusammenarbeit zu fördern,[36] Erhebungspolitiken, die darauf abzielen, illegale Finanzströme und Steueroasen zu stoppen, die Freiheit des Handels und der Finanztransaktionen ohne Diskriminierung zu gewährleisten, Probleme der Umschuldung von Staatsschulden anzugehen,[37] Informationen über Maßnahmen zur Verteilung von Ressourcen und zur Regulierung des Privatsektors zu erhalten,[38] und Möglichkeiten zur Stärkung der Rechtshilfe in Strafsachen zu sondieren.

25. Die Akteure des Privatsektors haben auf den staatlichen Erwerb von Privateigentum, Preiskontrollen[39] und verschlechterte Arbeitsbedingungen hingewiesen, da das Vertrauen des Privatsektors geschwächt wurde und dies zu einer Wirtschaftskrise im Land beiträgt. Die Gewerkschaften des Privatsektors stellen strenge Kontrollen des Devisenhandels in Frage, von denen sie sagen, dass sie die Unternehmen veranlassen, die Preise zu zögern und Waren zu verkaufen, aus Angst, gegen das Gesetz zu verstoßen. Darüber hinaus haben Geschäftsleute und einige Gewerkschaften, wie in einer laufenden Beschwerde an die IAO angeführt, behauptet, dass sie vom Dialog ausgeschlossen sind, der sich auf den Arbeitssektor auswirkt, und dass sie vom Staat verfolgt wurden, was gegen die IAO-Übereinkommen über Vereinigungsfreiheit, dreiseitige Konsultation und die Festsetzung von Mindestlöhnen verstößt.[40] Im März 2018 beschloss der Verwaltungsausschuss der IAO, eine Untersuchungskommission zu ernennen, da keine Fortschritte erzielt wurden.[41]

26. Von den Unternehmern wurde vorgeschlagen, dass die Regierung bei der Geldpolitik mehr Flexibilität an den Tag legt und Anreize für den Privatsektor schafft - wie dies in anderen Ländern der Fall ist, die fortschrittliche Sozialmodelle beibehalten, gleichzeitig den Austausch erleichtern und die Preiskontrollen lockern -, um sicherzustellen, dass die Unternehmer nicht durch hohe Wiederbeschaffungskosten und ein Gefühl der Unsicherheit, das nationale und internationale Investitionen behindert, aus dem Geschäft gedrängt werden.

B. Hindernisse für die Wahrnehmung der Menschenrechte: Wirtschaftskrieg

27. Der unabhängige Sachverständige erkundigte sich bei der Regierung und der Opposition nach den Auswirkungen von Maßnahmen, die von mehreren Staaten direkt und indirekt ergriffen wurden, um das Funktionieren der venezolanischen Wirtschaft zu beeinträchtigen. Er befasste sich auch mit dem Problem der Währungsspekulation, einem der bevorzugten Instrumente zur Destabilisierung der Zielländer, und den Aktivitäten der Ratingagenturen[42], die zwar weder über eine demokratische Legitimation noch über eine Aufsicht verfügen, aber erhebliche Auswirkungen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Staaten bei der Emission von Anleihen und der Beschaffung von Finanzmitteln haben. Die Banco Central de Venezuela teilte ihm mit, dass Risiko-Rating-Agenturen, vor allem Standard & Poor's, Moody's und Fitch, stets negative Ratings abgegeben haben, die auf der Fähigkeit des Landes basieren, Auslandszahlungen zu leisten, wobei sie vergaß, dass die Regierung

eine Geschichte mit einer ausgezeichneten Schuldenreaktion hat. Das hatte erhebliche Auswirkungen auf das Risikoniveau des Landes und hat seine Möglichkeiten, Zugang zum Finanzmarkt zu erhalten, weitgehend abgeschaltet.

28. Illegale Geldflüsse oder der illegale Transfer von Geldern von einer Gerichtsbarkeit in eine andere hat sich negativ auf die Fähigkeit der Staaten ausgewirkt, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, ebenso wie die Nutzung von Steueroasen. Die internationale Zusammenarbeit ist notwendig, um die Rückführung dieser Mittel zu gewährleisten.[43] Es scheint auch, dass internationale kriminelle Gruppen für den Diebstahl öffentlicher Ressourcen, Lebensmittel und Medikamente verantwortlich sind, die ihren Weg in die Nachbarländer gefunden haben. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) kann den Staaten helfen, einige dieser Probleme zu lösen. Es gab Fälle von Horten[44] von Lebensmitteln, Medikamenten und Körperpflegeprodukten, wobei die Gegenstände anschließend auf den Schwarzmarkt gebracht wurden.[45] In einigen Fällen wurde das Horten so lange fortgesetzt, dass versteckte Lebensmittel und Medikamente verdarben.[46] Regierungsbeamte teilten auch die Besorgnis über die weit verbreitete Sabotage von öffentlichem Eigentum,[47] Brandanschläge auf öffentliche Gebäude, Busse, Krankenwagen, Krankenhäuser, Entbindungsstationen und andere Institutionen, Zerstörung von Strom und Telefonleitungen, Paramilitarismus[48] in Grenzregionen[49] und andere Gewaltakte, die dem Terrorismus gleichkommen.

C. Multilateralismus und der Grundsatz der Nicht-Einmischung

29. Die Charta der Vereinten Nationen beruht auf der Philosophie des Multilateralismus, dem Bekenntnis zur internationalen Zusammenarbeit und der souveränen Gleichheit der Staaten. Die Länder dürfen nicht isoliert und boykottiert werden, sondern müssen bei der Stärkung ihrer demokratischen Institutionen unterstützt werden. In den letzten sechzig Jahren wurden unkonventionelle Wirtschaftskriege gegen Kuba geführt,[50] Chile,[51] Nicaragua,[52] die Syrische Arabische Republik[53] und die Bolivarische Republik Venezuela, um ihre Wirtschaft zum Scheitern zu bringen, den Regimewechsel zu erleichtern und ein neoliberales sozioökonomisches Modell durchzusetzen. Um ausgewählte Regierungen zu diskreditieren, werden die Misserfolge im Bereich der Menschenrechte maximiert, um den gewaltsamen Sturz schmackhafter zu machen. Die Menschenrechte werden gegen Rivalen "als Waffe benutzt". Doch die Menschenrechte sind das Erbe jedes Menschen und sollten niemals als Waffen der Verteufelung instrumentalisiert werden. Stattdessen sind Maßnahmen zur Eingliederung notwendig, ebenso wie das Vertrauen in die Expertise internationaler Organisationen wie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP),[54] des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF),[55] FAO,[56] WHO,[57] des Gemeinsamen HIV/AIDS-Programms der Vereinten Nationen (UNAIDS),[58] des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR),[59] UNODC,[60] ILO,[61] der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)[62] und der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation,[63], um unter anderem wirksame Beratungs- und technische Hilfe zu leisten.

30. Die Grundsätze des Nichteingreifens[64] und der Nichteinmischung[65] in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten gehören zum Völkergewohnheitsrecht und wurden in den Resolutionen der Generalversammlung, insbesondere 2625 (XXV) und 3314 (XXIX), sowie in der Wiener Erklärung und dem Aktionsprogramm von 1993 bekräftigt. Artikel 32 der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, die von der Generalversammlung 1974 angenommen wurde, besagt, dass kein Staat die Anwendung wirtschaftlicher, politischer oder sonstiger Maßnahmen ergreifen oder fördern darf, um einen anderen Staat zu zwingen, von ihm die Unterordnung der Ausübung seiner souveränen Rechte zu erhalten.

31. In seinem Urteil vom 27. Juni 1986 über Nicaragua gegen die Vereinigten Staaten hat der Internationale Gerichtshof aus der Resolution 2625 (XXV) zitiert: "Kein Staat darf subversive, terroristische oder bewaffnete Aktivitäten organisieren, unterstützen, schüren, finanzieren, fördern oder tolerieren, die auf den gewaltsamen Sturz des Regimes eines anderen Staates abzielen, oder sich in Bürgerkriege in einem anderen Staat einmischen". Im Zusammenhang mit dem interamerikanischen System hat sich der Gerichtshof auf das Übereinkommen über die Pflichten und Rechte der Staaten im Falle von Bürgerkriegen berufen, das durch die von der Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten am 21. April 1972 angenommene Resolution 78 bestätigt wurde, in der er beschließt, "feierlich die Notwendigkeit zu bekräftigen, dass die Mitgliedsstaaten der Organisation, die Grundsätze der Nichteinmischung und Selbstbestimmung der Völker als Mittel zur Gewährleistung eines friedlichen Zusammenlebens zwischen ihnen strikt einzuhalten" und "die Verpflichtung dieser Staaten zu bekräftigen, davon abzusehen, wirtschaftliche, politische oder andere Maßnahmen anzuwenden, um einen anderen Staat zu zwingen und daraus Vorteile jeglicher Art zu ziehen". Ebenso besagt Kapitel 4, Artikel 19 der Charta der OAS: "Kein Staat oder keine Gruppe von Staaten hat das Recht, aus irgendeinem Grund direkt oder indirekt in die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates

einzugreifen. Der vorstehende Grundsatz verbietet nicht nur Waffengewalt, sondern auch jede andere Form der Einmischung oder versuchten Bedrohung der Persönlichkeit des Staates oder seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elemente".

32. Während seines Aufenthalts in der Bolivarischen Republik Venezuela führte der Unabhängige Experte lange Gespräche und E-Mail-Austausch mit Pasqualina Curcio, die ein gut dokumentiertes Buch mit dem Titel *The visible hand of the market* veröffentlichte, das den Wirtschaftskrieg analysierte. Sie erinnert daran, dass Richard Nixon 1970, als Salvador Allende demokratisch zum Präsidenten Chiles gewählt wurde, Henry Kissinger sagte, dass die Vereinigten Staaten ein alternatives Wirtschaftsmodell in Lateinamerika nicht tolerieren würden, und befahl, "die chilenische Wirtschaft zum Schreien zu bringen",[66] und als alle Boykotte und Sanktionen fehlschlugen, wurde Allende durch Pinochets Putsch im September 1973 entfernt.[67] Der spanische Ökonom Alfredo Serrano, Leiter des Centro Estratégico Latinoamericano de Geopolítica, analysiert die Manipulation des "Länderrisikofaktors",[68] die Weigerung der Banken, internationale Transaktionen in Venezuela abzuwickeln, die Hindernisse für den Erhalt von Insulin und anderen Medikamenten,[69] die künstlich induzierte Inflation und die willkürlichen "Dollar today"-Zahlen.[70] Darüber hinaus erklärten die Mitarbeiter der Banco Central de Venezuela dem unabhängigen Sachverständigen, dass der auf einer Website veröffentlichte schädliche Wechselkurs, der nicht auf tatsächlichen Kauf- und Verkaufstransaktionen beruhte, sich negativ auf die Wirtschaft ausgewirkt habe, vor allem als Preisindikator, der das Inflationsniveau anhebe, ein ständig gestiegenes Kriegsinstrument sei, das im Laufe des Jahres einen Aufwärtstrend von über 2.465 Prozent aufwies.

33. Laut Pasqualina Curcio war die Manipulation des Wechselkurses die effektivste Strategie, um die venezolanische Wirtschaft zu stören. Sie hat nicht nur Auswirkungen auf den Devisenmarkt, sondern auch auf das Preisniveau der Wirtschaft, was zum Verlust der Kaufkraft, zur Verzerrung der Märkte und der Produktion führt. Sie erklärt das:

> Die Schwankungen des seit 2012 auf Websites veröffentlichten Parallelwechselkurses entsprechen nicht dem historischen Verhalten des Verhältnisses zwischen internationalen Reserven und monetärer Liquidität. Dies veranlasst uns, unsere Theorie aufrechtzuerhalten, dass das Niveau dieser Art paralleler Wechselkurse nicht auf wirtschaftliche Faktoren, sondern auf politische Faktoren im Rahmen dieser Manipulation des Wirtschaftskriegs gegen die Bevölkerung in Venezuela reagiert.... Die unkonventionelle gewaltfreie Kriegsführungsmethode, die offensichtlich seit 2012 angewendet wird, um die venezolanische Wirtschaft zu verzerren und soziale Unruhen und politische Destabilisierung zu provozieren, wird in wirtschaftlicher Hinsicht als Angebotsschock bezeichnet, der durch die Inflationskosten verursacht wird. Das verwendete Werkzeug ist die Manipulation des Wechselkurses auf dem parallelen Schwarzmarkt.[71]

D. Wirtschaftssanktionen

34. Während Waffenverkaufsembargos gegen einige Länder gerechtfertigt sein können, insbesondere um den Dialog und die Friedensschaffung zu erleichtern, verstoßen Wirtschaftssanktionen, die unschuldige Bevölkerungsgruppen treffen, gegen Geist und Buchstaben der Charta der Vereinten Nationen. Über Jahrzehnte hinweg haben die Organe der Vereinten Nationen einseitige Zwangsmaßnahmen verurteilt,[72] insbesondere in der wegweisenden Studie aus dem Jahr 2000 der Unterkommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte,[73] die die negativen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Menschenrechte dokumentiert. Multilaterale Sanktionen, auch solche, die der Sicherheitsrat gemäß Kapitel VII der Charta verhängt, können ebenfalls Leid und Tod verursachen. In den 90er Jahren haben zwei stellvertretende Generalsekretäre der Vereinten Nationen, Denis Halliday und Hans-Christof von Sponeck,[74], ihre Funktionen als humanitärer Koordinator im Irak aufgegeben, um gegen Sanktionen zu protestieren, die mehr als eine Million Tote unter Irakern, insbesondere Kindern, verursacht hatten,[75] und die sie als eine Form des Völkermords bezeichneten.[76]

35. Am 23. März 2018 verurteilte der Menschenrechtsrat einseitige Zwangsmaßnahmen mit 28 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen,[77] weil Wirtschaftssanktionen nachweislich zum Tode führen, Wirtschaftskrisen verschärfen, die Produktion und den Vertrieb von Nahrungsmitteln und Medikamenten stören, einen Schubfaktor darstellen, der Auswanderung auslöst,[78] und zu Menschenrechtsverletzungen führen. Die Weigerung Kolumbiens, Antimalariamittel zu liefern, die zur Bekämpfung eines Ausbruchs im November 2017 angewiesen worden waren,[79] sowie das Fehlen einer Verurteilung durch die internationale Gemeinschaft führen zu einer gemeinsamen Verantwortung für die Verschärfung der Krise. In diesem Fall musste das Antimalariamittel aus Indien importiert werden.

36. Die Auswirkungen der von den Präsidenten Obama und Trump[80] verhängten Sanktionen und einseitigen Maßnahmen Kanadas und der Europäischen Union haben den Mangel an Medikamenten wie Insulin und

antiretroviralen Medikamenten direkt und indirekt verschärft. In dem Maße, in dem Wirtschaftssanktionen zu Verzögerungen bei der Verteilung geführt und somit zu vielen Todesfällen geführt haben, verstoßen Sanktionen gegen die Menschenrechtsverpflichtungen der Länder, die sie auferlegen. Darüber hinaus können Sanktionen gemäß Artikel 7 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs Verbrechen gegen die Menschlichkeit[81] darstellen. Eine Untersuchung durch dieses Gericht wäre angebracht, aber die geopolitische Unterordnung des Gerichtshofs kann dies verhindern.

37. Die heutigen Wirtschaftssanktionen und -blockaden sind vergleichbar mit mittelalterlichen Belagerungen von Städten mit der Absicht, sie zur Kapitulation zu zwingen. Die Sanktionen des 21. Jahrhunderts versuchen, nicht nur eine Stadt, sondern auch souveräne Länder in die Knie zu zwingen. Ein Unterschied besteht vielleicht darin, dass Sanktionen des 21. Jahrhunderts von der Manipulation der öffentlichen Meinung durch "gefälschte Nachrichten", aggressive Öffentlichkeitsarbeit und eine Rhetorik der pseudohumanen Rechte begleitet werden, um den Eindruck zu erwecken, dass ein "Ende" der Menschenrechte die kriminellen Mittel rechtfertigt. Es gibt nicht nur eine horizontale rechtliche Weltordnung, die durch die Charta der Vereinten Nationen und die Grundsätze der souveränen Gleichheit geregelt wird, sondern auch eine vertikale Weltordnung, die die Hierarchie eines geopolitischen Systems widerspiegelt, das dominante Staaten nach militärischer und wirtschaftlicher Macht mit dem Rest der Welt verbindet. Es ist das letzte, geopolitische System, das geopolitische Verbrechen hervorbringt, die bisher völlig ungestraft waren. Es wird berichtet, dass die Vereinigten Staaten derzeit ausländische Anwälte darin ausbilden, wie man Gesetze zur Verhängung weiterer Sanktionen gegen die Bolivarische Republik Venezuela ausarbeitet, um die venezolanischen staatlichen Institutionen zu ersticken.[82]

38. Die Banco Central de Venezuela teilte dem unabhängigen Sachverständigen mit, dass die Sanktionen nicht nur den Zugang zu Fremdfinanzierung und internationalen Zahlungen behinderten, sondern auch die normale Leistung des nationalen Produktionsapparats beeinträchtigt hätten, was zu einer Verringerung des Angebots an lokalen Waren und Dienstleistungen geführt habe. In den letzten anderthalb Jahren hatte die Bank Schwierigkeiten mit der korrespondierenden Investition von hochrangigen Banken; von insgesamt 33 Korrespondenzkonten verfügte sie derzeit über 14, die im Rahmen eines diskretionären Compliance-Systems arbeiteten, mit vielen Einschränkungen, die zu gewissen operativen Einschränkungen führten, die sich hauptsächlich auf den Schuldendienst konzentrierten. Die Probleme hatten sich im Zusammenhang mit dem Betrieb von Korrespondenzbanken, vor allem der Citibank, der Commerzbank und der Deutschen Bank, die derzeit nur die Zahlung öffentlicher Schulden abwickelten, verschärft. Die Situation führte zu Hindernissen bei der Realisierung von Zahlungen des öffentlichen Sektors (z.B. Lebensmittel und Medikamente). Einseitige Zwangsmaßnahmen und Finanzblockaden haben die Wirtschaftskrise nachweislich verschärft und Arbeitslosigkeit und Auswanderung unter anderem nach Kolumbien, Brasilien und Ecuador verursacht (siehe Anhang VI).[83]

39. Die Politik der wirtschaftlichen Erstickung ist vergleichbar mit derjenigen, die bereits in Chile, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Nicaragua und der Arabischen Republik Syrien praktiziert wird. Im Januar 2018 schrieb der Nahostkorrespondent der Financial Times und des Independent, Patrick Cockburn, über die Sanktionen gegen Syrien:

> In der Regel wird der Eindruck erweckt, dass Lebensmittel und medizinische Geräte frei durchgelassen werden, und es wird nicht auf die finanziellen und anderen regulatorischen Hindernisse eingegangen, die ihre Lieferung unmöglich machen. Ein Beispiel dafür sind die von den USA und der EU gegen Syrien verhängten drakonischen Sanktionen, die gegen Präsident Bashar al-Assad gerichtet waren und dazu beitragen sollten, ihn von der Macht zu nehmen. Sie haben dies völlig unterlassen, aber ein 2016 durchgesickerter interner UN-Bericht zeigt nur allzu überzeugend die Wirkung des Embargos, die Lieferung von Hilfe durch internationale Hilfsorganisationen zu stoppen.[84] Sie können die Hilfe trotz Verzicht nicht importieren, weil Banken und Handelsunternehmen es wagen, nicht Gefahr zu laufen, dafür bestraft zu werden, dass sie etwas mit Syrien zu tun haben. Der Bericht zitiert einen europäischen Arzt, der in Syrien arbeitet, mit den Worten: "Die indirekte Wirkung von Sanktionen".
> ..... macht den Import der medizinischen Instrumente und anderer medizinischer Hilfsmittel ungemein schwierig, fast unmöglich".[85]
>
> Kurz gesagt: Wirtschaftssanktionen töten.

E. Internationaler Mediationsprozess

40. Es gibt nichts, was dem Buchstaben und Geist der Charta der Vereinten Nationen besser entspricht, als die Vermittlung. Zwei Jahre lang leitete der ehemalige spanische Premierminister José Luis Rodríguez Zapatero (Anhang IV) mit Unterstützung des Vatikans[86] ein Verhandlungsteam in der Dominikanischen Republik, das

Gespräche zwischen der Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela und der Opposition ermöglichte. Die Verhandlungen gingen zu einem ausgewogenen Dokument mit dem Titel "Abkommen über die demokratische Koexistenz" (Anhang III) über, das von allen Seiten am 7. Februar 2018 hätte unterzeichnet werden sollen. Die Regierung unterzeichnete, aber, wie berichtet, frustrierte ein Telefonat aus Kolumbien den zweijährigen Verhandlungsprozess mit der Anweisung: "Don't sign".[87] Einige glauben, dass einige Länder keine friedliche Lösung des venezolanischen Konflikts wollen und ziehen es vor, das Leiden des venezolanischen Volkes zu verlängern, da sie erwarten, dass die Situation die Schwelle der "humanitären Krise" erreicht und eine militärische Intervention auslöst.

41. In Anbetracht der Polarisierung der venezolanischen Gesellschaft ist der Dialog zwischen Regierung und Opposition am dringendsten erforderlich,[88] und es wäre eine edle Aufgabe des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, seine guten Dienste für einen solchen Dialog anzubieten. Dennoch forderten die Oppositionsführer Antonio Ledezma[89] und Julio Borges,[90] während einer Reise durch Europa, um die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela zu verurteilen, weitere Sanktionen[91] sowie eine militärische "humanitäre Intervention".[92] Diese Haltung erzeugt ein spürbares Unbehagen in der Regierung, das an den Putsch vom 11. bis 12. April 2002 erinnert, der als Carmonazo bekannt ist und Dutzende von Toten forderte, aber letztlich scheiterte.[93] Einige derzeitige Oppositionsmitglieder unterstützen immer noch den Putsch, der als Präsident den Chef der Fedecameras, Pedro Carmona, und das Carmona-Dekret, mit dem alle gewählten Organe, einschließlich der Nationalversammlung, der Gouverneure und der Kommunalbehörden, aufgelöst und der Regierungsfernsehen sowie die Gemeinschaftsradios geschlossen wurden.[94] Heute befürchten Millionen von Venezolanern, dass ausländische Interessen wieder einen Putsch finanzieren könnten, um eine neoliberale Regierung durchzusetzen, die die öffentlichen Dienste abschaffen und den sozialen Besitz zerstören würde. Dies könnte zu einem Bürgerkrieg führen, da sich ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung immer noch mit den Idealen von Chavismo identifiziert.[95] In einem Interview mit der New York Times äußerte sich der Oppositionsführer Leopoldo López zu einem Interventionismus: "1958 gab es einen Militärputsch, der den Übergang zur Demokratie begann.... Und in anderen lateinamerikanischen Ländern gab es Putsche, die Wahlen nannten. Ich möchte also nichts ausschließen, denn das Wahlfenster ist geschlossen. Wir müssen auf vielen verschiedenen Ebenen vorankommen. Eine davon sind Straßendemonstrationen, eine zweite ist die Koordination mit der internationalen Gemeinschaft. "[96] Wer "humanitäre Krise" schreit, sollte sich fragen, ob der Wirtschaftskrieg und die Sanktionen nicht eine Hauptursache sind. Der Grundsatz der Rechtsverwirkung hindert die an der Krise Beteiligten daran, sich auf die Forderung nach einer Intervention zu berufen (ex injuria non oritur jus[2]).

F. Humanitäre Krise und humanitäre Intervention

42. Eine beunruhigende Medienkampagne will die Beobachter zu einer vorgefassten Meinung zwingen, dass es in der Bolivarischen Republik Venezuela eine "humanitäre Krise" gibt. Ein unabhängiger Experte muss sich vor Übertreibungen hüten, wenn man bedenkt, dass die "humanitäre Krise" ein terminus technicus ist, der als Vorwand für eine militärische Intervention missbraucht werden kann.[97]

43. Stattdessen sollte die internationale Solidarität mit dem venezolanischen Volk den freien Verkehr von Lebensmitteln und Medikamenten erleichtern, um die derzeitige Knappheit zu mildern. Die Hilfe sollte wirklich humanitär sein und keine übergeordneten politischen Ziele verfolgen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), Caritas Internationalis und andere Organisationen könnten bei der Koordinierung der Einfuhr und Verteilung der Hilfe helfen; die Bill and Melinda Gates Foundation könnte helfen, Malaria in der Bolivarischen Republik Venezuela auszulöschen.[98] Dank des UNDP konnte der unabhängige Experte ein Treffen mit allen Agenturen der Vereinten Nationen und anderen regionalen Organisationen in der Bolivarischen Republik Venezuela einberufen, um die Hilfe zu koordinieren, eine Initiative, die kurz darauf Früchte trug.[99]

44. Obwohl die Situation in der Bolivarischen Republik Venezuela noch nicht die humanitäre Krisensituation erreicht hat, gibt es Hunger, Unterernährung, Angst, Qual und Auswanderung.[100] Entscheidend ist es, die Ursachen der Krise zu untersuchen, einschließlich vernachlässigter Faktoren wie Sanktionen, Sabotage, Horten, Schwarzmarktaktivitäten, induzierte Inflation[101] und Schmuggel[102] bei Lebensmitteln und Medikamenten.

45. Die "Krise" in der Bolivarischen Republik Venezuela ist eine Wirtschaftskrise, die nicht zu vergleichen ist mit den humanitären Krisen in Gaza,[103] Jemen,[104] Libyen,[105] Syrien,[106] Irak,[107] Haiti,[108] Mali,[109] Zentralafrikanische Republik,[110] Südsudan,[111] Somalia,[112] oder Myanmar,[113] unter anderem. Es ist bezeichnend, dass, als die Bolivarische Republik Venezuela 2017 medizinische Hilfe vom Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS,

[2] Ex injuria jus non oritur ("Recht entsteht nicht aus Ungerechtigkeit")
Ein Prinzip des Völkerrechts. Der Satz impliziert, dass "ungerechte Handlungen kein Recht schaffen können"

Tuberkulose und Malaria beantragte, der Appell abgelehnt wurde, weil es "immer noch ein Land mit hohem Einkommen ist.... und als solches nicht förderfähig ist".[114] Während seiner Mission diskutierte der Unabhängige Experte die Fragen der Nahrungsmittel- und Medikamentenknappheit mit Experten der FAO[115] und erhielt einschlägige Daten von der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik.[116] Der FAO-Bericht vom Dezember 2017 und der Bericht vom März 2018 listen Nahrungsmittelkrisen in 37 Ländern auf. Die Bolivarische Republik Venezuela gehört nicht dazu.[117]

46. Es ist angebracht, an die Situation in den Jahren vor der Wahl von Hugo Chávez zu erinnern,[118] als der Internationale Währungsfonds (IWF) Venezuela den "Washingtoner Konsens" über Restrukturierungsprogramme, Sparmaßnahmen und Privatisierung auferlegte (siehe A/72/1787), der zu öffentlichen Massendemonstrationen und einer militärischen Niederschlagung führte, die Caracazo von 1989, die rund 3.000 Tote forderte.[119] Korruption war allgegenwärtig, und 1993 wurde Präsident Carlos Pérez wegen Veruntreuung abgezogen.[120] Die Chávez-Wahl 1998 spiegelte die Verzweiflung über die Korruption und die neoliberale Politik der 1980er und 1990er Jahre sowie die Ablehnung der Kluft zwischen den Superreichen und den erbärmlich Armen wider.[121]

G. Internationale Überwachung der Wahlen in der Bolivarischen Republik Venezuela

47. Die partizipative Demokratie in der Bolivarischen Republik Venezuela, die "protagónica" genannt wird, ist in der Verfassung von 1999 verankert und stützt sich auf häufige Wahlen und Referenden.[122] Während der Mission tauschte sich der unabhängige Experte mit der Wahlkommission aus[123] und erfuhr, dass in den 19 Jahren seit Chávez 25 Wahlen und Referenden durchgeführt wurden, von denen 4 vom Carter Center beobachtet wurden. Der unabhängige Experte traf sich mit dem Vertreter des Carter Centers in der Bolivarischen Republik Venezuela, der an die positive Einschätzung Carter's des Wahlsystems erinnerte.[124] Sie diskutierten auch die verfassungsrechtlichen Einwände der Opposition gegen das Referendum vom 30. Juli 2017, die zur Schaffung einer Verfassungsversammlung führten.[125] Über 8 Millionen Venezolaner stimmten bei dem Referendum, das von internationalen Beobachtern begleitet wurde,[126] auch aus dem Rat der Wahlspezialisten Lateinamerikas.[127]

H. Ad Hominem Angriffe[3]

48. Eine Atmosphäre der Einschüchterung begleitete die Mission und versuchte, den unabhängigen Experten in eine vorgegebene Matrix zu drängen. Er erhielt Briefe von NGOs, in denen er gebeten wurde, nicht fortzufahren, weil er nicht der "relevante" Berichterstatter war, und die fast vorschrieben, was in dem Bericht stehen sollte. Wochen vor seiner Ankunft nannten einige die Mission eine "gefälschte Untersuchung". Social Media Beleidigungen grenzten an "Hassrede" und "Anstiftung". Mobbing vor, während und nach der Mission ähnelte der Erfahrung zweier amerikanischer Journalisten, die das Land im Juli 2017 besuchten.[128] Kritiker stellten die Integrität des unabhängigen Experten in Frage und beschuldigten ihn der Voreingenommenheit, zeigten eine Kultur der Unnachgiebigkeit und Weigerung, die Pflicht eines unabhängigen Experten zu akzeptieren, neutral, objektiv, leidenschaftslos zu sein und sein Fachwissen frei von äußerem Druck anzuwenden. Die Idee, dass ein unabhängiger Experte unabhängig denken und Beweise abwägen sollte, scheint einigen Kritikern, für die Menschenrechte Waffen der Verteufelung sind, nicht nur gegen Regierungen, sondern auch gegen Experten aufgegangen zu sein.[129]
Der unabhängige Experte erklärte Kritikern, dass er unabhängig bewerten müsse, nicht nur von Regierungen, sondern auch von Lobbys, Nichtregierungsorganisationen und sogar von anderen Berichterstattern.

III. Ecuador

49. In seinen abschließenden Bemerkungen zum sechsten periodischen Bericht Ecuadors begrüßte der Menschenrechtsausschuss 2016 die Annahme des Umfassenden Organischen Strafgesetzbuches, des Organischen Gesetzes über die Nationalen Gleichstellungsräte, des Gesetzes über die Wiedergutmachung von Opfern und die Verfolgung schwerer Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, der Nationale Plan für ein gutes Leben 2013-2017, das Organische Gesetz über Behinderungen, das Organische Gesetz über interkulturelle Bildung, der Umfassende Nationale Plan zur Beseitigung von Sexualdelikten im Bildungssystem und der Plurinale Plan zur Beseitigung von Rassendiskriminierung und ethnischer und kultureller

[3] Argumentum ad hominem (lateinisch „Beweisrede zum Menschen“)
Ein Scheinargument, in dem die Position oder These eines Streitgegners durch Angriff auf dessen persönliche Umstände oder Eigenschaften angefochten wird. Dies geschieht meistens in der Absicht, die Position und ihren Vertreter in Misskredit zu bringen und eine echte Diskussion zu vermeiden.

Ausgrenzung (CCPR/C/ECU/CO/6, Abs. 1). 3). Gleichzeitig äußerte sich der Ausschuss besorgt über den Vorwurf, dass Richtern im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Aufgaben mit einem Gerichtsverfahren gedroht worden sei, dass ein solches Verfahren tatsächlich eröffnet worden sei und dass das Justizsystem genutzt werde, um Regierungskritiker und Mitglieder der Opposition in einer Weise hart zu verurteilen, die ihre Unparteilichkeit in Frage stelle (ebd., Abs. 25). Der Ausschuss äußerte sich auch besorgt über Berichte, wonach einige Ölkonzessionen in indigenen Gebieten ohne vorherige Absprache mit den betroffenen Gemeinschaften gewährt wurden (ebd., Randnr. 35).

50. In seinen abschließenden Bemerkungen zum dritten periodischen Bericht Ecuadors im Jahr 2012 begrüßte der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte die Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte durch Ecuador und empfahl es als erster Staat. Er nahm zur Kenntnis, dass der Vertragsstaat das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und sein Fakultativprotokoll, das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe sowie das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor gewaltsamem Verschwindenlassen ratifiziert hat. Der Ausschuss begrüßte die Verbesserungen der Sozialindikatoren des Vertragsstaats für menschliche Entwicklung und Armutsbekämpfung sowie die Erhöhung der Haushaltsmittel für Wirtschafts- und Sozialausgaben. Der Ausschuss hob die Verabschiedung der ecuadorianischen Verfassung von 2008 hervor, in der die unmittelbare Anwendbarkeit der in der Verfassung und in den internationalen Menschenrechtsinstrumenten verankerten Menschenrechte, der Grundsatz der Nichtdiskriminierung bei der Ausübung der Menschenrechte und die Durchsetzbarkeit der Menschenrechte durch gerichtliche Mechanismen wie Verfassungsschutzmaßnahmen festgelegt wurden. Der Ausschuss nahm die Fortschritte zur Kenntnis, die bei der Entwicklung eines Rechtsrahmens erzielt wurden, der die Wahrnehmung der im Pakt festgelegten Rechte, einschließlich des Lebensmittelsouveränitätsgesetzes, des Hochschulgesetzes und des Behindertengesetzes (E/C.12/ECU/CO/3, Abs. 3-7), gewährleisten soll.

51. Gleichzeitig äußerte der Ausschuss seine Besorgnis über die Umweltauswirkungen von Projekten im Bergbau und in der Agrarindustrie, insbesondere deren Auswirkungen auf die Fähigkeit der Menschen, das Recht auf Wasser auszuüben, und forderte den Vertragsstaat auf, Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen. Der Ausschuss äußerte sich auch besorgt über den Kauf von Grundstücken durch Unternehmen und deren Auswirkungen auf das Grundeigentum von Campesinos sowie über die Lebensbedingungen in Hochrisikogebieten. Der Ausschuss empfahl, dass der Vertragsstaat Landtitelpläne entwickelt, um das Eigentum der Campesinos an ihrem Land zu schützen und Mechanismen zur Verhinderung von Zwangsverkäufen zu schaffen (ebd., Abs. 25-26).

52. Während des dritten Zyklus der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung prüfte der Menschenrechtsrat den nationalen Bericht Ecuadors (A/HRC/WG.6/27/ECU/1) am 1. Mai 2017. Der Bericht der Arbeitsgruppe der Universal Periodic Review (A/HRC/36/4) spiegelt die Anerkennung der Leistungen Ecuadors durch viele Staaten wider, insbesondere im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Von den 182 Empfehlungen, die ausgesprochen wurden, akzeptierte Ecuador 162 und vermerkte die restlichen 20.

53. Diese abschließenden Beobachtungen und die universelle periodische Überprüfung leiteten die Mission des unabhängigen Sachverständigen. Darüber hinaus studierte er die neue, am 22. September 2017 in New York unterzeichnete Absichtserklärung zwischen den Vereinten Nationen und Ecuador, die Anlass zu Optimismus für den Austausch bewährter Praktiken, die Strafverfolgung, die Unterstützung und die internationale Zusammenarbeit in Strafsachen und im Kampf gegen Korruption gibt.[130]

54. Er erörterte ecuadorianische Initiativen zur Annahme eines Abkommens der Vereinten Nationen über die soziale Verantwortung transnationaler Unternehmen[131], die Schaffung eines Steuerorgans der Vereinten Nationen, das die Steuerpolitik im Hinblick auf die Abschaffung des Steuerwettbewerbs, der Steueroasen und der Steuerhinterziehung koordinieren soll, Fortschritte bei der Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen, und die Unterstützung, die Ecuador der bolivianischen Initiative für eine Erklärung über die Rechte der Bauern gewährt. Er erörterte auch die möglichen Vorteile der Einrichtung eines unabhängigen CELAC-Menschenrechtsgerichts außerhalb des OAS-Systems und erinnerte an die optimistischen Worte des damaligen Präsidenten Rafael Correa auf dem vierten CELAC-Gipfel im Januar 2016:[132] "Alles ist getan", um ein CELAC-Menschenrechtssystem zu haben. "Das Einzige, was dies verhindert, ist die Angst".[133] Der unabhängige Experte erfuhr jedoch, dass die Schaffung eines CELAC-Gerichts noch weit entfernt ist. Die Zusammenarbeit von CELAC mit der Europäischen Union, die verschiedenen gemeinsamen Konferenzen und die Fortschritte bei der Förderung der Menschenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter haben inzwischen zu positiven Ergebnissen

für die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit geführt.[134] In Bezug auf Fragen der öffentlichen Gesundheit hat er sich über die Bemühungen Ecuadors zur Förderung des Stillens informiert.[135]

55. Mit dem Bürgerbeauftragten erörterte der Unabhängige Sachverständige unter anderem seinen Bericht über Steuerhinterziehung und Steueroasen (A/71/286) und das historische ecuadorianische Steueroasengesetz, das es gewählten Beamten und anderen Beamten untersagt, persönliches Vermögen, einschließlich Unternehmen und Kapital, offshore zu halten.[136] Sie diskutierten das Problem der Geheimhaltungszuständigkeiten und die 30 Milliarden Dollar ecuadorianischen Vermögens, die derzeit offshore liegen. Der unabhängige Experte begrüßte die Initiative, Steueroasen international zu verbieten.[137] Wie in vielen Ländern Lateinamerikas, Asiens, Afrikas und anderswo bleibt die Korruption ein Problem, das die Regierung Ecuadors angeht. In diesem Zusammenhang ist die Unterstützung des UNODC im Zusammenhang mit der Bekämpfung illegaler Kulturen[138] und des Drogenhandels zu begrüßen.

56. Im innerstaatlichen Bereich diskutierte der Unabhängige Experte den Nationalen Entwicklungsplan 2017-2021 und die Bemühungen zum Abbau von Ungleichheiten und zur Förderung der Menschenrechte für alle. Die Fortschritte wurden durch den Rückgang der Ölpreise gebremst, was die Erfüllung der Sozialversprechen behindert hat. Darüber hinaus bestehen weiterhin institutionelle Instabilitäten.[139]

57. Vertreter der Zivilgesellschaft teilten dem unabhängigen Sachverständigen mit, dass es nach wie vor Probleme mit der Einholung einer freien, vorherigen und informierten Zustimmung von Einheimischen im Zusammenhang mit der extrahierenden Industrie gebe. Verträge mit ausländischen Investoren wurden ohne Rücksprache mit den betroffenen Gemeinden abgeschlossen, und eine große Zahl von Personen wurde von zu Hause vertrieben. Die Polizei hat indigene Personen verhaftet, die ihr Land verteidigen, und Gerichte haben indigene Völker wegen ihres Widerstands gegen Vertreibungen verhaftet, was in vielen Ländern häufig vorkommt. Diese und andere Probleme wurden auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Wohnen und nachhaltige Stadtentwicklung (Habitat III), die 2017 in Quito stattfand, unter Beteiligung des Sonderberichterstatters über angemessenen Wohnungsbau als Bestandteil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard und über das Recht auf Nichtdiskriminierung in diesem Zusammenhang, Leilani Farha, diskutiert.[140]

58. Vor und nach seiner Mission führte der Unabhängige Experte informative Gespräche mit den Außenministern Guillaume Long und María Fernanda Espinosa sowie mit Botschafter Luis Gallegos.

IV. Schlussfolgerungen

59. Als erster Berichterstatter der Vereinten Nationen, der die Bolivarische Republik Venezuela seit 21 Jahren besucht hat[141] und einer der wenigen, die kürzlich Ecuador besucht haben, ist sich der unabhängige Experte seiner Verantwortung und seiner Grenzen bewusst. Nach sechs Jahren im Mandat hat er gelernt, dass Regierungen nicht immer die "bösen Jungs" sind. Wie in 13 thematischen Berichten gezeigt, wirken sich andere Akteure auf die Wahrnehmung der Menschenrechte aus, darunter die Welthandelsorganisation, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, transnationale Unternehmen und einige Lobbys wie der militärisch-industrielle Finanzkomplex. Diese Akteure üben oft mehr Einfluss aus als Staaten. Darüber hinaus werden die nationalen und internationalen Wirtschaftsordnungen durch bilaterale Investitionsabkommen, Freihandelsabkommen, Ratingagenturen, Geierfonds, Boykotte und einseitige Zwangsmaßnahmen verzerrt, die oft zu Leiden von Milliarden von Menschen geführt haben. Die Berichterstatter sollten sich nicht nur auf die Staaten und ihre Fehler konzentrieren, sondern auch auf andere Akteure und den weit verbreiteten Mangel an Rechenschaftspflicht.

60. Demokratisch gewählte Regierungen besitzen Legitimität, und nur sie können die Menschenrechte der ihrer Rechtshoheit unterliegenden Personen wirksam schützen und Veränderungen umsetzen. In Anbetracht der Tatsache, dass es in jeder Regierung gute und weniger gute Politiker gibt, ist es wichtig, sie davon zu überzeugen, dass es in ihrem Interesse liegt, Maßnahmen zu ergreifen, die den Genuss der Menschenrechte erhöhen.

61. Die Berichterstatter sollten Länderbesuche durchführen, um zu helfen und nicht zu verurteilen. Die Berichterstatter müssen sich um Objektivität bemühen und den Verhaltenskodex, insbesondere Artikel 6, strikt einhalten. Während einige zivilgesellschaftliche Organisationen der Meinung sind, dass das Ziel "Benennen und Beschämen" ist, bringt dies selten Ergebnisse, da der "Benenner" nicht immer als unabhängige oder moralische Autorität wahrgenommen wird. Wenn das genannte Land Bedenken hinsichtlich der Integrität und Objektivität der Berichterstatter oder der Interamerikanischen Menschenrechtskommission hat, werden OHCHR-Einladungen nicht ausgesprochen. Der Anreiz für die Regierungen ist die Erwartung, dass die Berichterstatter konstruktive Vorschläge unterbreiten.

62. Die Lösung der venezolanischen "Krise" liegt in vertrauenswürdigen Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition, einem Ende des Wirtschaftskriegs und der Aufhebung der Sanktionen. Im Einklang mit dem Grundsatz der internationalen Solidarität (siehe A/HRC/35/35/35) sollten die Agenturen der Vereinten Nationen der Regierung Beratungsdienste und technische Hilfe leisten. Der Sonderberichterstatter über die Förderung der Wahrheit, die Wiedergutmachung der Gerechtigkeit und die Garantien für die Nichteinhaltung von Strafen kann das Zusammenspiel zwischen staatlicher Kriminalität und internationaler Ordnung sowohl aus der positiven als auch aus der naturrechtlichen Perspektive ansprechen und Empfehlungen für Wiedergutmachungen aufgrund von Bevölkerungsgruppen formulieren, die von Sanktionen und Wirtschaftskrieg betroffen sind. Die reichen Staaten sollten die humanitäre Hilfe in Abstimmung mit neutralen Organisationen wie dem IKRK erleichtern, wobei die Priorität darin besteht, wie man den Venezolanern unter Wahrung der staatlichen Souveränität wirksam helfen kann.

63. Während sich die Bolivarische Republik Venezuela in einer schweren Wirtschaftskrise befindet, steht die Regierung nicht still; sie sucht internationale Unterstützung, um die Herausforderungen zu bewältigen, die Wirtschaft zu diversifizieren und die Schuldenumstrukturierung voranzutreiben. Sanktionen verschärfen die Situation nur, indem sie die Importe behindern, die für die Herstellung von Generika und Saatgut zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion notwendig sind. Sanktionen haben auch zur Auswanderung geführt. Die Probleme Ecuadors haben zum Teil mit dem Rückgang der Ölpreise zu tun. Die Regierung ist sich dessen bewusst und geht im Rahmen ihrer Möglichkeiten Mängel an. Auch hier werden die internationale Solidarität und die Süd-Süd-Kooperation zur Stärkung der Menschenrechte aller beitragen.

64. Der unabhängige Sachverständige spricht den Regierungen der Bolivarischen Republik Venezuela und Ecuadors seine Anerkennung für die Beantwortung seiner Fragen und die Bereitstellung umfangreicher Unterlagen und Statistiken aus. Zivilgesellschaftliche Organisationen steuerten einschlägige Analysen bei, die er in seiner Bewertung berücksichtigte.

V. Empfehlungen

an die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela

65. Der unabhängige Sachverständige empfiehlt der Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela:

(a) die Bemühungen um den Dialog mit den Oppositionsparteien fortzusetzen, die vom ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero in der Dominikanischen Republik geführten Verhandlungen wieder aufzunehmen und die nationale Aussöhnung durch die Freilassung von Gefangenen und die Gewährung von Strafumwandlungen zu fördern;

(b) die Inhaber anderer Sonderverfahren auffordern, das Land zu besuchen, neben den bereits eingeladenen Sonderberichterstattern über einseitige Zwangsmaßnahmen und das Recht auf Entwicklung. Die Sonderberichterstatter für Lebensmittel, Gesundheit, angemessene Wohnung, Unabhängigkeit von Richtern und Rechtsanwälten, der Unabhängige Experte für Auslandsschulden, die Sonderberichterstatter für die Förderung von Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nichtwiederholungsgarantien, für die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungs- und Meinungsfreiheit sowie für das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierung und andere Experten würden wertvolle Fachkenntnisse anbieten;

(c) Begrüßung der humanitären Hilfe, die von Regierungen, der Europäischen Union, 142 zwischenstaatlichen Organisationen und dem Privatsektor angeboten wird;

(d) Fortsetzung der konstruktiven Zusammenarbeit mit den Vertragsorganen der Vereinten Nationen und Umsetzung ihrer Empfehlungen;

(e) die Zusammenarbeit mit der FAO und der WHO fortzusetzen und den UNODC um Unterstützung bei der Bekämpfung der Plage des Lebensmittel- und Medikamentenschmuggels durch nationale und internationale Ringe zu bitten;

(f) Stärkung der Zusammenarbeit mit der IAO, zügige Behandlung strittiger Fälle und Umsetzung der Empfehlungen der IAO, einschließlich der Empfehlungen in Bezug auf den Fall Nr. 2254, durch die Einrichtung einer Tabelle und eines Aktionsplans für den sozialen Dialog;

(g) Stärkung der Süd-Süd-Kooperation, auch mit der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerikas, der Union der Südamerikanischen Nationen, SELA und CELAC. Insbesondere die technische und institutionelle Zusammenarbeit zwischen SELA und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung zur Förderung eines nachhaltigen und integrativen Wirtschaftswachstums in Lateinamerika sowie gemeinsame Aktionen in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Handel verstärken;

(h) proaktiv mit Unternehmern und einer Vielzahl von nichtstaatlichen Akteuren zusammenarbeiten, um die bestehenden sozialen und politischen Probleme gemeinsam zu lösen.

an die Regierung Ecuadors

66. Der unabhängige Experte empfiehlt der Regierung Ecuadors, dass sie:

(a) seine Zusammenarbeit mit den Agenturen der Vereinten Nationen auszuweiten;

(b) Stärkung der Süd-Süd-Kooperation, auch mit der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerikas, der Union der Südamerikanischen Nationen, SELA und CELAC, um ein lateinamerikanisches Modell für die Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu festigen und gleichzeitig die bürgerlichen und politischen Rechte zu fördern;

(c) Fortsetzung der konstruktiven Zusammenarbeit mit den Vertragsorganen der Vereinten Nationen, insbesondere dem Menschenrechtsausschuss und dem Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, und Umsetzung ihrer Empfehlungen;

(d) seine Führungsrolle in der Kampagne zur Aushandlung und Verabschiedung eines rechtsverbindlichen Vertrags über die soziale Verantwortung transnationaler Unternehmen fortzusetzen;

(e) die Bemühungen um die Einrichtung eines Steuerorgans der Vereinten Nationen fortzusetzen, um Steueroasen auslaufen zu lassen und Steuerhinterziehung zu kriminalisieren;

(f) weiterhin die Souveränität der Staaten gegen Missbrauch durch Investoren und transnationale Unternehmen zu verteidigen und sich gegen bilaterale Investitionsabkommen oder Freihandelsabkommen zu wenden, die Streitbeilegungsverfahren zwischen Investoren und Staaten beinhalten.

an die Generalversammlung

67. Der unabhängige Sachverständige empfiehlt der Generalversammlung:

(g) sich auf Artikel 96 der Charta der Vereinten Nationen berufen und die folgenden Fragen an den Internationalen Gerichtshof richten:
Können einseitige Zwangsmaßnahmen mit dem Völkerrecht vereinbar sein?
Können einseitige Zwangsmaßnahmen zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden, wenn eine große Zahl von Menschen an der Knappheit von Lebensmitteln und Medikamenten stirbt?
Welche Entschädigungen sind den Opfern von Sanktionen geschuldet?
Stellen Sanktionen und Währungsmanipulationen geopolitische Verbrechen dar?

(h) eine Resolution im Sinne der Resolutionen zum Embargo der Vereinigten Staaten gegen Kuba anzunehmen, in der die Sanktionen gegen die Bolivarische Republik Venezuela als völkerrechtswidrig und menschenrechtswidrig erklärt werden;

(i) Schaffung eines konsolidierten zentralen Registers einseitiger Zwangsmaßnahmen, die Auswirkungen auf die Menschenrechte haben können, das vom Generalsekretär aufrechterhalten und aktualisiert werden muss, wie vom Sonderberichterstatter für einseitige Zwangsmaßnahmen in seinem Bericht an die Generalversammlung 2015 (A/70/345) und seinem Bericht 2017 an den Menschenrechtsrat (A/HRC/36/44) vorgeschlagen.

an den Menschenrechtsrat

68. Der unabhängige Experte empfiehlt dem Menschenrechtsrat:

(a) den Verhaltenskodex für Inhaber von Mandaten für Sonderverfahren, insbesondere die Absätze 3 und 6, zu bekräftigen, die ihre Unabhängigkeit und die Verpflichtung betreffen, alle Informationen in gutem Glauben zu bewerten, einschließlich der Einreichungen von Regierungen;

(b) Verteidigung von Experten gegen Ad-Hominem-Angriffe, Einschüchterungen und Drohungen.

69. Der unabhängige Sachverständige empfiehlt, dass das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte die Mandatsträger für Sonderverfahren bei der Ausübung ihres professionellen Urteils und ihrer Unabhängigkeit proaktiv unterstützt, die Konsultation und Koordinierung zwischen den Berichterstattern, auch über ihren Koordinierungsausschuss für Sonderverfahren, erleichtert und sicherstellt, dass scheinbare Widersprüche, die sich aus verschiedenen Blickwinkeln ergeben, keine falschen Signale senden,

und die auf der Tagung der Berichterstatter 2016 angenommenen Koordinierungsbeschlüsse umsetzt, um die Kohärenz und Glaubwürdigkeit der Sonderverfahren zu stärken.

an den Internationalen Strafgerichtshof und den Internationalen Gerichtshof

70. Der unabhängige Sachverständige empfiehlt dem Internationalen Strafgerichtshof, das Problem der einseitigen Zwangsmaßnahmen zu untersuchen, die den Tod durch Unterernährung, Mangel an Medikamenten und medizinischer Ausrüstung verursachen. Die Prüfung sollte nicht nur quantitativ sein, sondern auch feststellen, ob Wirtschaftskriege, Embargos, Finanzblockaden und Sanktionssysteme nach Artikel 7 des Römischen Statuts geopolitische Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.

71. Der unabhängige Sachverständige empfiehlt, dass die Sitzung der Vertragsstaaten des Römischen Statuts die normativen Arbeiten am Römischen Statut fortsetzt und geopolitische Verbrechen, einschließlich einseitiger Zwangsmaßnahmen und Währungsmanipulationen, die zu einer Hyperinflation führen, im Rahmen von Artikel 7 der Satzung anerkennt. Normative Klarheit hat einen hohen pädagogischen Wert.

72. Der unabhängige Sachverständige empfiehlt, dass der Internationale Gerichtshof und der Internationale Strafgerichtshof, bis sie sich mit den tödlichen Folgen von Wirtschaftskriegen und Sanktionsregimen befassen, das permanente Völkertribunal, das Russell-Tribunal und die Kuala-Lumpur-Kriegsverbrecherkommission die Aufgabe übernehmen, künftige gerichtliche Entscheidungen zu erleichtern.

…

Vorlesung an der Universität Lund (Schweden)

→ https://dezayasalfred.wordpress.com/2018/12/11/swedish-association-for-foreign-affairs-at-the-university-of-lund-lecture/
(aus dem Englischen mit *https://www.deepl.com/translator* – etwaige Unschärfen in der Übersetzung können nicht ausgeschlossen werden)

Am 29. November habe ich zwei Stunden lang bei der Swedish Association for Foreign Affairs an der Universität Lund unterrichtet. Die Studenten selbst baten mich, über meinen venezolanischen Bericht zu sprechen. Der interaktive Dialog war sachkundig und offen. Nachfolgend finden Sie eine Kurzfassung des Vortrags, den ich für ihre Publikation "Perspectives" geschrieben habe.

Universität Lund, Schweden
29. November 2018 - Vereinigung für auswärtige Angelegenheiten
Erste Mission eines UN-Berichterstatters in Venezuela seit 21 Jahren - von Alfred de Zayas

November/Dezember 2017

Der UN-Menschenrechtsrat, ein Nebenorgan der Generalversammlung, ist Nachfolgerin der Menschenrechtskommission von Eleanor Roosevelt, die am 10. Dezember 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedete. Bei seiner Gründung im Jahr 2006 leitete der Rat neue "Sonderverfahren", bestehend aus Arbeitsgruppen, Berichterstattern und unabhängigen Experten, deren Aufgabe es ist, die Menschenrechtssituation weltweit zu beobachten und konstruktive Vorschläge zu unterbreiten. "Naming and shaming" ist nur eines von vielen Instrumenten, die von den Berichterstattern eingesetzt werden, bisher mit abgeschwächtem Erfolg. Beratungsleistungen und technische Hilfe haben sich als nachhaltiger erwiesen.

Das Mandat des unabhängigen Experten für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung wurde 2011 geschaffen, und der Rat ernannte mich im Mai 2012 für zwei drei Jahre zum ersten Mandatsträger. Mein Nachfolger, Livingston Sewanyana (Uganda), ist seit Mai 2018 im Amt.

Während meiner Amtszeit habe ich dem HR-Rat und der GA 13 thematische Berichte zu einer Vielzahl von internationalen Ordnungsthemen vorgelegt, darunter Steueroasen, Freihandelsabkommen, bilaterale Investitionsabkommen, ISDS, eine parlamentarische Weltversammlung, Abrüstung und Selbstbestimmung.

In Anbetracht der Tatsache, dass ich ein hochrangiger Anwalt des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte und Chef der Petitionsabteilung war, war mir die Wirtschaftskrise, von der die Menschen in Venezuela betroffen sind, die durch galoppierende Inflation, Mangel an Nahrungsmitteln und Medikamenten, Arbeitslosigkeit und Massenauswanderung gekennzeichnet ist, sehr bewusst. Ich wusste, dass die Regierung Venezuelas von der OAS und den Vereinten Nationen kritisiert worden war und dass einem Dutzend UN-Berichterstattern, die die Möglichkeit eines Besuchs beantragt hatten, ihre Anträge abgelehnt wurden. Ich nahm es als Herausforderung an, noch vor Ablauf meiner Amtszeit nach Venezuela zu reisen. Im August 2017

beantragte ich bei der Regierung Venezuelas die Erlaubnis, eine unabhängige Bewertung der Situation vorzunehmen. Bereits im September erhielt ich eine positive Antwort, die von meinen Kollegen Berichterstattern und OHCHR als Sensation empfunden wurde. Warum habe ich eine Einladung bekommen? Vielleicht, weil meine früheren Berichte nicht konfrontativ, sondern ergebnisorientiert waren und pragmatische Lösungen formuliert hatten. Ich wurde nicht von vornherein als feindselig wahrgenommen.

Medienberichten zufolge, Amnesty International, Human Rights Watch, PROVEA und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zufolge, gab es in Venezuela eine "humanitäre Krise", die dringende Maßnahmen erforderte. Ich hatte auch Berichte der FAO und der CEPAL gelesen, denen zufolge trotz Knappheit und Verzögerungen bei der Verteilung die Schwelle einer humanitären Krise nicht erreicht wurde.

Als ich in Venezuela war, war ich entschlossen, mit so vielen Interessengruppen wie möglich zu sprechen - von der Opposition, der Presse, den NGOs, Unternehmern, der Handelskammer, Professoren, Studenten, Kirchen etc. Schon bald wurde mir klar, dass die Bevölkerung extrem polarisiert war. Dank der Zusammenarbeit des UNDP habe ich meine Zeit erfolgreich zwischen Regierung und Opposition aufgeteilt, indem ich den Opfern von Menschenrechtsverletzungen zugehört habe, aber auch mit dem Generalstaatsanwalt, Defensor del Pueblo (Ombudsmann), den Gesundheits- und Landwirtschaftsministerien usw. gesprochen habe.

Während die Unternehmer alle Missstände dem "gescheiterten sozialistischen Modell", der "Inkompetenz" und der "Korruption" zuschrieben, gab es eine beträchtliche Anzahl von Gesprächspartnern, darunter die venezolanischen NGOs Fundalatin[4] (UN-Konsultativstatus[5]) und die Grupo Sures[6], erklärten mir der Jesuitenaktivist Pater Nuno Molina und die Wirtschaftsprofessorin Pasqualina Curcio, dass die Situation nicht so einfach sei und lenkten meine Aufmerksamkeit auf andere Faktoren:

1. den dramatischen Rückgang der Ölpreise im Jahr 2014. Seit 100 Jahren war die venezolanische Wirtschaft zu fast 90% vom Verkauf von Erdöl abhängig. Ein Rückgang der Rohstoffpreise hatte zwangsläufig unmittelbare Auswirkungen. Sicherlich hätten Chavez und Maduro diversifizieren sollen. Aber auch 80 Jahre neoliberale Regierungen in Venezuela, bevor sie ihre Arbeit aufgenommen hatten, hatten es versäumt, sich zu diversifizieren.
2. Der unkonventionelle Krieg der USA gegen Venezuela seit 1999, ähnlich wie der Wirtschaftskrieg gegen Salvador Allende in Chile. Bereits 1970 hatte Präsident Nixon Kissinger unmissverständlich erklärt, dass die USA ein alternatives sozioökonomisches System in Lateinamerika nicht tolerieren würden und dass "die chilenische Wirtschaft zum Schreien gebracht werden würde". Als es nicht gelang, Allende zu stürzen, leitete der Pinochet-Coup 17 Jahre brutale Diktatur ein. Ähnliche Wirtschaftskriege werden unter anderem gegen Kuba und Nicaragua geführt.
3. Die finanzielle und mediale Unterstützung der venezolanischen Opposition und der Ngo's durch die USA hat destabilisierende Auswirkungen gehabt, darunter der Putschversuch vom April 2002, die Aussperrung der Erdölindustrie im Jahr 2003, die die venezolanische Wirtschaft schätzungsweise 15 Milliarden Dollar kostete, und die Gewalt der "Guarimbas" (gewaltsame Straßendemonstrationen).
4. Aufgrund der von den USA seit 2015 verhängten Sanktionen, gefolgt von den Trump-Sanktionen 2017/18 und den von Kanada und der Europäischen Union verhängten Sanktionen, haben Investoren und Unternehmer aus Angst vor Sanktionen ihre Geschäftstätigkeit in Venezuela eingestellt.
5. Die Finanzblockade, einschließlich der Schließung von 80% der Bankkonten Venezuelas im Ausland und der Weigerung vieler Banken, einschließlich Chase, Citibank, Wells Fargo, Deutsche Bank, Commerzbank usw., Gelder an die venezolanische Regierung zu überweisen oder Zahlungen zu überweisen, die Venezuela für den Kauf von Lebensmitteln und Medikamenten, einschließlich Insulin, Antimalariamittel, antiretrovirale Medikamente, Scanner und Dialysegeräte, benötigt. Während meines Besuchs habe ich überzeugende Beweise für die verheerenden Auswirkungen dieses finanziellen Embargos erhalten.

---

[4] Fundalatin (Fundación Latinoamericana por los Derechos Humanos y el Desarrollo Social - https://fundalatin.webnode.es/): Die Lateinamerikanische Stiftung für Menschenrechte und Sonderentwicklung

[5] Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und die Vereinten Nationen (https://www.unric.org/de/aufbau-der-uno/85)

[6] Sures: Eine venezolanische Bürgerinitiative (https://sures.org.ve/tag/venezuela/).
Eine unabhängige, überparteiliche, konfessionslose, gemeinnützige NGO, die sich der Erforschung, Förderung, Bildung und Verteidigung der Menschenrechte aus kritischen, emanzipatorischen und alternativen Visionen widmet. Ihr Mandat erstreckt sich auf alle ökologischen, zivilen, kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Menschenrechte, die in der Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela und in den von Venezuela ratifizierten internationalen Verträgen anerkannt sind.

6. Der Wirtschaftskrieg wird auch intern geführt, da die meisten Importeure und Händler Venezuelas Privatunternehmen sind und sich gegen die sozialistische Politik von Chavez/Maduro stellen. Belege für diese Störung finden sich im Phänomen des Hortens von Lebensmitteln und Medikamenten in Lagern, nur um sie zu exorbitanten Preisen in den Backmarkt zu bringen.
   (Siehe meinen Bericht an den Rat A/HRC/39/47/Add.1 und die umfangreichen Kommentare und Unterlagen, die von Venezuela A/HRC/39/47/Add.2 (→ English Unofficial Translation) vorgelegt wurden).
7. Nationale und internationale Schmugglerringe haben Tonnen subventionierter Lebensmittel und Medikamente nach Kolumbien und Brasilien geschmuggelt, um sie zum zehnfachen Preis zu verkaufen.

Ungeachtet der Überzeugungskraft der Mainstream-Narrative, dass die Krise in erster Linie auf Regierungsmisswirtschaft zurückzuführen ist und dass es zu viele Ideologen und zu wenige Technokraten in der Regierung gibt, kann ein Berichterstatter detaillierte Beweise und erhaltene Statistiken über die Auswirkungen des Wirtschaftskriegs nicht ignorieren. Wie mir ein Ngo sagte: "Wirtschaftssanktionen töten".

Das Problem mit dem Konzept einer humanitären Krise besteht darin, dass sie instrumentalisiert werden kann, um eine militärische "humanitäre" Intervention für die Weltöffentlichkeit schmackhafter zu machen, obwohl sie zwangsläufig gegen das Gewaltverbot in Artikel 2 Absatz 4 der UN-Charta und Kapitel 4, Artikel 19 der OAS-Charta verstoßen würde. Die "humanitäre" Intervention in Libyen 2011 hat unzählige Menschenleben gefordert und das Land im Chaos zurückgelassen. Ist das das richtige Rezept für Venezuela?

Obwohl ich kein "Superberichterstatter" war und mein Mandat mich nicht ermächtigte, Fragen der willkürlichen Inhaftierung und der Verletzung der Pressefreiheit zu untersuchen, begrüßte ich Berichte, die mir von Angehörigen von Opfern übermittelt wurden, und übermittelte nach Prüfung der Beweise ihre Mitteilungen an die zuständigen Berichterstatter. Ich habe auch verdienstvolle Fälle in ein sechsseitiges vertrauliches Memorandum aufgenommen, das ich der Regierung gegeben habe. Kurz nach meinem Besuch wurden 80 Häftlinge freigelassen, darunter auch Personen, für die ich mich stark eingesetzt hatte. In Übereinstimmung mit meinen Empfehlungen haben die UN-Organisationen in Caracas neue Kooperationsabkommen mit der Regierung geschlossen. Tatsächlich war es mir als Berichterstatter ein Anliegen, dem venezolanischen Volk zu helfen und nicht als Katalysator für einen Regimewechsel zu fungieren, der ausschließlich in den Händen der Venezolaner selbst liegt.

Dementsprechend betrachte ich meine Mission als mäßig erfolgreich und komme zu dem Schluss, dass unsere Priorität darin bestehen muss, Hindernisse zu beseitigen, damit Venezuela alle Lebensmittel und Medikamente importieren kann, die die Menschen benötigen. Es ist skandalös, dass Kolumbien sich bei einem Malariaausbruch im November 2017 weigerte, das Antimalariamittel zu liefern, das Venezuela stattdessen in Indien beschaffen musste. Die beste Politik ist die Förderung der Vermittlung zwischen Regierung und Opposition, wie es der ehemalige spanische Premierminister José Luis Rodriguez Zapatero 2016-18 tat. Diese Verhandlungen sollten im Namen der internationalen Solidarität wieder aufgenommen werden. Eine internationale Kommission von Ökonomen wie z.B. Joseph Stiglitz, Paul Krugman, Thomas Piketty könnte der Regierung helfen, die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen.